

Sofortiger Stopp der Räumung von Lützerath!



Der Kohlekonzern RWE zerstört **Lützerath** am Tagebau **Garzweiler**. Dazu hat RWE in einem **Hinterzimmerdeal** grünes Licht von der Landesregierung NRW und der Bundesregierung bekommen.

Foto:

<https://www.flickr.com/photos/luetzibleibt>

„Die Kohlemenge, die RWE vorher bis 2038 fördern und verbrennen wollte, wird jetzt schlicht schon in der Hälfte der Zeit verstromt. Aus Kohleausstieg wird Kohleintensivierung. Die Kohle unter Lützerath braucht es [laut Berechnungen](#) auch überhaupt nicht für die Energieversorgung Deutschlands.“ (Luisa Neubauer und Pauline Brünger, [Gastbeitrag in der „taz“](#), 7.1.2023)

Ausführlich dazu: [SPIEGEL](#) vom 6.1.2023

„... RWE sitzt bei der Erhebung der Daten immer am längeren Hebel – vor allem wenn Zeitdruck herrscht. In einer Stellungnahme räumt der Kohlekonzern sogar ein, dass die Abbaggerung politische Gründe hat: »Keine Befriedung: Es entstünde eine Motivation zu weiteren Blockaden. Damit zusätzliche Unsicherheiten bei der weiteren Tagebauführung«, heißt es in einer Stellungnahme vom August. Das ist eine Kriegserklärung.“ ([SPIEGEL](#) vom 6.1.2023)

Der Deal macht den deutschen Beitrag zur Einhaltung der 1,5° Grenze unmöglich und bricht mit den Vereinbarungen des Weltgipfels von 2015 in Paris.

„Wir müssen in einen Notfall Modus gera-

ten, ... aus klimapolitischer Sicht können wir uns wirklich gar keine Kompromisse mehr leisten ... und deswegen jede Entscheidung wieder überdenken“ (Klimaforscher Höhne, [ZDF-Interview](#) am 10.1.2023)

Viele fordern ein **Moratorium der Räumung von Lützerath**, u. a. der [Dachverband der kritischen Aktionäre](#), oder die [Scientists for Future](#): „Dieses bietet die Chance für einen transparenten Dialogprozess mit allen Betroffenen zur Entwicklung von zukunftsfähigen Pfaden der gesellschaftlichen Transformation und Zeit für die Überprüfung der zugrunde liegenden Entscheidungsprämissen.“

„Für die Klimabewegung geht es in **Lützerath** ... auch darum, zu zeigen, wie teuer, ja, wie unbezahlbar es für eine Bundesregierung geworden ist, sich gegen die Pariser Klimaziele, gegen die Klimabewegung und die eigenen Zusagen in Sachen Klimaschutz zu stellen. Jedes Foto von vor Ort, jeder Mensch auf der Straße, jedes gelbe Kreuz macht einen Unterschied. Aus Uganda, aus Mexiko und Indien kommen indes Bilder und Videos von Menschen, die „Lützi Bleibt“-Schilder halten.“ (Neubauer und Brünger in der „taz“, 7.1.2023)

Infos: <http://luetzerathlebt.info/> <https://www.alle-doerfer-bleiben.de> attac.de

Großdemonstration

von Keyenberg Richtung Lützerath am 14. Januar 2023, 12 Uhr

RWE-Tribunal: Wir klagen an

- Klimaverbrechen
- Gesundheitsschädigung
- Heimatvertreibung
- Umweltzerstörung

durch RWE unter Mittäterschaft
der Landesregierung NRW

www.rwe-tribunal.org



Urgewald: Risiko RWE, [Heft](#)
Reinhard Noffke in Lunapark 21:
[Nachhaltig sind nur die Umweltschäden;](#)
[It's the water, stupid;](#)
[Deutschlands beste Böden werden zerstört](#)

Petition „Tötungsdelikte: Strafanzeige gegen RWE Power“:

„Durch die klimaverändernde, umweltzerstörende und gesundheitsschädliche Förderung und Verstromung von Kohle im Rheinischen Braunkohlerevier sind in den letzten zwei Jahrzehnten Tausende von Menschen zu Tode gekommen.“

(Wortlaut und mehr: [Kritische Aktionäre](#))

„Neben den Treibhausgasen emittieren Steinkohlekraftwerke Luftschadstoffe wie Schwefeloxide, Stickstoffoxide, Ruß und Staub sowie toxische Metalle wie Quecksilber, Blei, Arsen und Cadmium, welche die menschliche Gesundheit und Ökosysteme schädigen“ (Umweltbundesamt-Studie von Dezember 2017).

Das [Handelsblatt kalkuliert](#) bis 2024 Zusatzgewinne von einer Milliarde Euro für den Konzern. RWE wurde garantiert, dass sie die beim Kohleausstieg 2038 zugesicherten Gelder – 2,6 Milliarden Euro – in jedem Fall erhalten. Zusätzlich profitiert der Konzern von einem reduzierten CO₂-Preis bis 2030.

Kohleausstieg 2025: Technisch machbar und klimapolitisch notwendig

[Attac](#), [Robin Wood](#), [NaturFreunde Deutschlands](#), [PowerShift](#), [Konzeptwerk Neue Ökonomie](#),
[BürgerBegehren Klimaschutz](#), [350.org](#), [Umweltinstitut](#) und [INKOTA-netzwerk](#):

Diskussionspapier zum Kohleausstieg 2025

1. Der Kohleausstieg muss jetzt beginnen
2. Der Kohleausstieg 2025 ist technisch und ökonomisch machbar
3. Eine Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien ist unabdinglich
4. Ohne den Kohleausstieg 2025 kann das völkerrechtlich verankerte Pariser Klimaabkommen nicht eingehalten werden
5. Strukturwandel und Kohleausstieg müssen gemeinsam diskutiert werden
6. Der Kohleausstieg muss von absoluten Reduktionen des Energieverbrauchs flankiert werden

Aber auch: Atomausstieg!



<https://www.ausgestrahlt.de>

Klimagerechtigkeit

Das bedeutet u. a.:

– **Solidarität** mit den Menschen, die am stärksten von den Folgen des Klimawandels betroffen sind und viele andere Formen von sozialer Ausgrenzung und Naturzerstörung erleiden

– Bekämpfung der ökonomischen und Machtinteressen von Konzernen in allen gesellschaftlichen Bereichen
– Aufbau einer Gesellschaft, die sich am „guten Leben“ für alle orientiert und nicht am Profit für wenige

Wir brauchen einen **radikalen sozial-ökologischen Umbau** unserer Gesellschaft, einen systemischen Wandel – „System Change“.

Nicht nur umbauen, auch schrumpfen



<https://www.alle-doerfer-bleiben.de/>

„Lieber schickt man Bagger gen Lützerath, als die lange Liste an schnellen, wirksamen und notwendigen Maßnahmen zur Energiereduktion tatsächlich anzugehen.“
(Neubauer und Brünger in der „taz“, 7.1.2023)

Auch erneuerbare Energien verbrauchen natürliche Ressourcen und bei ihrer Produktion entstehen Treibhausgase.

Für eine echte Energiewende müssen unsere Lebens- und Arbeitsbereiche so umstrukturiert werden, dass *weniger* Energie verbraucht wird – z. B. durch ökologische Landwirtschaft, durch Ausbau des ÖPNV und der Bahn und eine Stadtplanung der „kurzen Wege“, durch Wärmedämmung, durch die Stärkung von kohlenstoff- und ressourcenarmen Wirtschaftsbereichen, in der Handelspolitik ... und durch weniger Ressourcenverbrauch.

Eckpunkte der Finanzierung

- Subventionen für fossile Energiekonzerne, für Atomkraft und für die Agrarindustrie streichen
- Ausgaben für das Militär radikal kürzen
- Finanztransaktionssteuern einführen
- Konzerne und privates Vermögen stärker besteuern
- Schuldenbremse abschaffen

Energiewende geht nur mit sozialer Absicherung

Die Angst vor Arbeitsplatzverlust ist verständlich in einer Wirtschaftsweise, die von Konkurrenz und Ausgrenzung geprägt ist. Arbeitsplätze in Industrien, die massive ökologische Schäden verursachen, sind jedoch nicht erhaltenswert, nur weil sie Arbeit schaffen.

An einem sozialen und ökologischen Umbau der Energiewirtschaft sind die Arbeitnehmer*innen aktiv zu beteiligen. Sicherung des Einkommens, kürzere Arbeitszeiten und Umschulungsangebote ebnen den Weg zu der so dringend notwendigen Energiewende.

Entmachtung der Energiekonzerne

Die Energiewende ist möglich, aber wir müssen uns mit den großen Stromkonzernen anlegen. Die vier **Konzerne E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW** beherrschen immer noch den deutschen Energiesektor und die Lobbyflure der Politik.

So wurden der Ausbau von Wind- und Solarenergie und das Engagement von Bürgerenergiegenossenschaften ausgebremst und für den Atom- und Kohleausstieg Milliarden reserviert, der Abbau von Subventionen für fossile Energien wurde verhindert und zur Sicherung der Gewinne aus fossilen Energien wurde u. a. die Bundesregierung auf Schadenersatz verklagt (*aufgrund des Energiecharta-Vertrags*), weil Vattenfall einige Atomkraftwerke früher abschalten muss als geplant.

Nun wollen RWE und Co. die Märkte der Erneuerbaren Energien erobern, nachdem den Bürgerenergiegenossenschaften ihr Engagement durch Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) weitgehend verleidet wurde.

Unliebsame Umweltaktivisten werden mit Spionagemethoden überwacht und sollen eingeschüchtert werden: So hat bereits die Chemie-, die Atomkraft- und die Ölindustrie private Nachrichtendienste beauftragt, ausgewählte Aktivisten der Umwelt-

organisation Greenpeace zu überwachen – und das ist nur die Spitze des Eisbergs.

In den USA hat der Ölmulti **Exxon** Wissenschaftler bezahlt, um für den Konzern den menschengemachten Klimawandel anzuzweifeln, was wiederum für Politiker die Legitimation fürs Nichtstun darstellte.

Einer effektiven Klimapolitik steht die Macht der Konzerne entgegen. Deshalb müssen die Stromkonzerne in **öffentliches Eigentum** überführt und in kleinere Einheiten zerlegt werden, die **demokratisch kontrollierbar** sind. **Stadtwerke in öffentlicher Hand und Energiegenossenschaften** können einen raschen Übergang von fossilen Monopolen hin zu einer sozial gerechten Versorgung mit erneuerbarer Energie vorantreiben und sicherstellen, dass alle einen gerechten Zugang zur Energieversorgung haben, so dass niemandem Strom oder Gas abgestellt wird.

Energieerzeugung unter demokratischer Kontrolle, das bedeutet Arbeitnehmermitbestimmung, repräsentative Wahl der Geschäftsführung und direkt-demokratischen Abstimmungen über richtungweisende Sachfragen wie Netzausbau, Schwerpunkt der Energieproduktion, Verwendung der Gewinne, Verbundprojekte u. v. m. .



Quellen und weitere Infos:
<https://www.attac-netzwerk.de/ag-eku>

**Attac Deutschland unterstützt Aktionen
gegen die Räumung**

**Attac-Kampagne:
Warme Hütten, kalte Paläste!**

Kontakt: eku@attac.de V. i. S. d. P.: B. Liefke, c/o Attac
Hamburg, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, 12.1.2023